



Stadt Ingolstadt

Referat II - Finanzen und Liegenschaften



Budgetbericht

der Referate für das Haushaltsjahr 2021

Gesamtbudget

1. Budget

	2021 Ansatz inkl. Nachtrag Euro	2021 Rechnungsergeb. Euro	2021 Abweichung Euro	2021 Abweichung %	2020 Rechnungsergeb. Euro
Allgemeine Zuweisungen (HGr. 0)	940.000	1.413.970	473.970	50,42%	1.082.325
Gebühren/Entgelte (Gr. 10 - 15)	29.528.500	26.127.801	-3.400.699	-11,52%	26.503.036
Erstattungen (UGr. 160 - 168)	51.951.200	43.554.929	-8.396.271	-16,16%	33.846.407
Interne Verrechnungen (UGr. 169)	175.100	175.100	0	0,00%	175.100
Zuweisungen/Zuschüsse (Gr. 17)	41.525.600	43.516.952	1.991.352	4,80%	42.245.008
Aufg.bez. Leistungsbet. (Gr.19)	40.650.000	41.993.428	1.343.428	3,30%	37.335.463
Sonstige Einnahmen (HGr. 2)	5.274.600	5.740.215	465.615	8,83%	6.194.933
Einnahmen gesamt	170.045.000	162.522.395	-7.522.605	-4,42%	147.382.273
Personalausgaben (HGr. 4)	157.688.200	150.374.420	-7.313.780	-4,64%	140.866.843
Sachaufwand (Gr. 50 - 66)	57.945.700	49.657.414	-8.288.286	-14,30%	42.141.927
Interner Aufwand (Gr. 67)	16.866.600	16.260.691	-605.909	-3,59%	13.789.441
Aufg.bez. Leistungsbet. (Gr. 69)	0	0	0		0
Zuweisungen/Zuschüsse (HGr. 7)	138.614.500	138.723.938	109.438	0,08%	127.332.991
Sonstige Finanzausgaben (HGr. 8)	0	-3.320.000	-3.320.000	-%	1.952.528
Ausgaben gesamt	371.115.000	351.696.464	-19.418.536	-5,23%	326.083.730
Zuschuss (-)/Überschuss	-201.070.000	-189.174.069	11.895.931	-5,92%	-178.701.457

2. Abweichungsanalyse

Das Gesamtbudget 2021 wurde eingehalten. Der geplante Zuschussbedarf von 201,07 Mio. EUR wurde um 11,90 Mio. EUR (- 5,92 %) unterschritten. Obwohl Mindereinnahmen in Höhe von 7,52 Mio. EUR zu verzeichnen sind, wurden diese durch Minderausgaben von 19,42 Mio. EUR kompensiert.

Die Festlegung der Budgetansätze erfolgte durch Beschluss des Stadtrates am 14.12.2020 ergänzend um den Nachtragshaushalt vom 11.05.2021. Unterjährige Entwicklungen führten teilweise zu Veränderungen in den Budgetansätzen und wurden gemäß der Wertgrenzen in den Stadtrat bzw. in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit eingebracht. Für den vorliegenden Budgetbericht wird in den einzelnen Teilberichten der Referate bei den Ansätzen der Budgetdarstellungen (Ifd. Nr. 1) auf die ursprünglich beschlossenen Planwerte zurückgegriffen.

Nachfolgend werden zur ersten Orientierung die wesentlichen Abweichungen kurz dargestellt. Details können dem jeweiligen Referatsbericht entnommen werden.

Aufgrund einiger Änderungen in der Aufbauorganisation der Stadt Ingolstadt (Neuorganisation Referat VIII sowie einige referatsübergreifende Verschiebungen von Ämtern), sind die Rechnungsergebnisse 2020 nur noch in wenigen Fällen für direkte Vergleiche geeignet.

2.1 Einnahmen

Allgemeine Zuweisungen (HGr. 0)

Bei der Gruppe der allgemeinen Zuweisungen sind 473.970 EUR mehr vereinnahmt worden als ursprünglich angesetzt. Diese zusätzlichen Einnahmen entstanden überwiegend aus dem Bereich der zentralen Bußgeldstelle im Vollzug der Infektionsschutzmaßnahmenverordnungen.

Gebühren/Entgelte (Gr. 10 – 15)

Bei den Gebühren/Entgelten wurden insgesamt 3,4 Mio. EUR (-11,52%) weniger vereinnahmt. Das Referat für Kultur und Bildung musste aufgrund der pandemiebedingten Schließungen des Theaters, der Volkshochschule, der Jugendherberge, der Kindertageseinrichtungen sowie dem Ausfall der Mittagsbetreuung insgesamt 4,20 Mio. EUR an Mindereinnahmen verzeichnen. Einen positiven Beitrag zur Entwicklung dieser Einnahmeposition leistete das Referat I durch den Verkauf ausgetauschter Hardware mit einem Mehrergebnis von 544 TEUR.

Erstattungen (UGr. 160 – 168)

In der Gruppierung der Erstattungen sind ebenfalls Mindereinnahmen in Höhe von insgesamt 8,40 Mio. EUR zu verzeichnen, die überwiegend dem Referat V (-11,39 Mio. EUR) zuzuordnen sind. Vor allem durch Planungsrisiken für die Bezifferung der Erstattungen im Bereich der Impf- und Testzentren konnten die Ansätze um rund 12,7 Mio. EUR nicht eingehalten werden. Dies lässt sich auch auf verspätete Bewilligungen im Haushaltsjahr 2022 zurückführen. Trotz der Mehreinnahmen gegenüber den Planwerten bei den Erstattungen für Beschaffungen im Zuge der Corona-Pandemie (+2,1 Mio. EUR) konnten die Mindereinnahmen nur geringfügig ausgeglichen werden. Durch die verspäteten Kostenerstattungen aus 2020 für die Digitalisierung der Schulen konnte das Referat IV das Ergebnis durch Mehreinnahmen von 2,2 Mio. EUR verbessern.

2.2 Ausgaben

Sachaufwand (Gr. 50-66)

Im Haushaltsjahr 2021 lag der Sachaufwand um 8,29 Mio. EUR unterhalb der Planansätze. Die weiterhin anhaltende Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen sind der Hauptgrund für dieses Ergebnis. Fast jedes Referat trägt einen Teil an den Minder- ausgaben. Beispielsweise konnten Veranstaltungen, Feierlichkeiten, Schulungen oder Informationsfahrten nicht wie geplant durchgeführt werden. Auch die Planungsunsicherheit im Zuge des dynamischen Pandemiegeschehens in 2021 führte dazu, dass die vorgesehenen Mittel nicht vollständig ausgeschöpft wurden.

Sonstige Finanzausgaben (HGr. 8)

Für die Rückzahlungszinsen der Ostumgehung Etting wurde in 2021 ein Kassenrest in Höhe von 3,32 Mio. EUR gebildet. Dieser wurde nicht kassenwirksam und wurde komplett abgesetzt. Eine Neuanmeldung der Haushaltsmittel erfolgte in 2022.

Verwaltungsleitung

1. Budget

	2021 Ansatz inkl. Nachtrag Euro	2021 Rechnungsergeb. Euro	2021 Abweichung Euro	2021 Abweichung %	2020 Rechnungsergeb. Euro
Allgemeine Zuweisungen (HGr. 0)	0	0	0		0
Gebühren/Entgelte (Gr. 10 - 15)	691.900	702.289	10.389	1,50%	302.797
Erstattungen (UGr. 160 - 168)	511.700	677.015	165.315	32,31%	599.546
Interne Verrechnungen (UGr. 169)	0	0	0		0
Zuweisungen/Zuschüsse (Gr. 17)	615.800	947.217	331.417	53,82%	33.960
Aufg.bez. Leistungsbet. (Gr.19)	0	0	0		0
Sonstige Einnahmen (HGr. 2)	0	1.500	1.500		0
Einnahmen gesamt	1.819.400	2.328.022	508.622	27,96%	936.302
Personalausgaben (HGr. 4)	13.008.800	12.512.351	-496.449	-3,82%	8.819.190
Sachaufwand (Gr. 50 - 66)	3.617.400	3.167.261	-450.139	-12,44%	2.081.084
Interner Aufwand (Gr. 67)	1.253.000	1.317.863	64.863	5,18%	776.899
Aufg.bez. Leistungsbet. (Gr. 69)	0	0	0		0
Zuweisungen/Zuschüsse (HGr. 7)	464.300	438.760	-25.540	-5,50%	386.933
Sonstige Finanzausgaben (HGr. 8)	0	0	0		0
Ausgaben gesamt	18.343.500	17.436.235	-907.265	-4,95%	12.064.106
Zuschuss (-)/Überschuss	-16.524.100	-15.108.213	1.415.887	-8,57%	-11.127.804

2. Abweichungsanalyse

Das Referatsbudget konnte eingehalten werden. Der veranschlagte Zuschussbedarf von 16.524.100 EUR wurde um 1.415.887 EUR (- 8,57 %) unterschritten.

2.1 Einnahmen

Erstattungen (UGr. 160 – 168)

Im Bereich der Erstattungen konnten im Jahr 2021 insgesamt 165.315 EUR (+32,31%) an Mehreinnahmen verzeichnet werden. Nachfolgend werden die Positionen mit den größten Abweichungen gegenüber den Ansätzen aufgezeigt.

Die Prüfung der Verwendungsnachweise über die den Fraktionen und Ausschussgemeinschaften gewährten Zuwendungen kann stets erst im Folgejahr erfolgen, so dass zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung 2021 nicht hinreichend abschätzbar war, ob und ggf. in welcher Höhe im Jahr 2021 Rückzahlungen der Fraktionen und Ausschussgemeinschaften aus dem Jahr 2020 erfolgen würden. Zudem erschwerte der Umstand, dass sich im Jahr 2020 wegen des Beginns der neuen Stadtratsperiode neue Fraktionen und Ausschussgemeinschaften bildeten, eine Prognose hinsichtlich des Anteils der benötigten Zuwendungen und damit der Rückzahlungen an die Stadt. Die Höhe der Erstattungen 2021 belief sich auf ca. 93.000 EUR.

Weitere Mehreinnahmen von knapp 50.000 EUR resultieren im Wesentlichen daraus, dass aufgrund der Umstellung der Abgrenzungsbuchungen im Haushaltsjahr 2021 einmalig Leistungsverrechnungen des Beteiligungsmanagements über fünf Quartale erfasst sind; d. h. der Haushalt 2021 enthält sowohl die Leistungsabrechnungen des Beteiligungsmanagements für das IV. Quartal 2020 als auch die vier Quartale in 2021.

Das Projekt Biotopkartierung konnte vorzeitig begonnen werden. Ursprünglich war der Beginn der Maßnahme, welche zu 60% bezuschusst wird, für 2022 geplant. Infolgedessen konnte das Umweltamt bereits 2021 Zuschüsse des Bayerischen Landesamtes für Umwelt in Höhe von ca. 16.000 EUR generieren.

2.2 Ausgaben

Sachaufwand (Gr. 50 - 66)

Im Bereich des Sachaufwands wurden im Jahr 2021 rd. 450.139 EUR (- 12,44 %) weniger ausgegeben als ursprünglich geplant.

Aufgrund der Corona-Pandemie war es nicht möglich, alle geplanten Veranstaltungen, Feierlichkeiten und Informationsfahrten durchzuführen. So musste beispielsweise die Informationsfahrt des Stadtrates nach Dresden im Nachgang an die konstituierende Sitzung erneut abgesagt werden. Weitere zahlreiche Veranstaltungen konnten aufgrund der Einschränkungen nicht abgehalten werden. Für die vom Hauptamt organisierten städtischen Repräsentationsveranstaltungen wurden am Ende des Haushaltsjahres 2021 rund 200.000 EUR nicht verausgabt. Durch die pandemiebedingten Auflagen wurde auch auf Aktionen und Veranstaltungen des Personalrates weitestgehend verzichtet. Auch Mandatsträgerschulungen des Beteiligungsmanagements konnten nicht wie geplant durchgeführt werden. Angesetzte Reisekosten im Bereich der Verwaltungsleitung wurden ebenfalls nicht vollumfänglich ausgeschöpft, da bspw. keine Dienstreisen/-fahrten oder auch Städtepartnerschaftsbesuche möglich waren. Seminare und Kongresse wurden größtenteils virtuell durchgeführt.

Prozesskosten sind im Voraus nur schwer planbar und auch schwierig im Ansatz abzubilden. Hier wird auf Erfahrungswerte der letzten Jahre zurückgegriffen. In 2021 wurden die Prozesskosten im Bereich der Verwaltungsleitung nicht vollumfänglich ausgeschöpft bzw. benötigt. Es waren zum Jahresabschluss noch ca. 81.000 EUR verfügbar. U. a. wurde die Entscheidung des Verwaltungsgerichts München zu den Irgertsheimer Holznutzungsrechten für 2021 erwartet. Ende der zweiten Jahreshälfte wurde vom Gericht ein Mediationsverfahren angeregt. Der Termin hierfür steht noch aus.

Weitere Minderausgaben im Bereich des Sachaufwands waren bei unterschiedlichen Projekten und Maßnahmen zu verzeichnen.

Das Projekt Neugestaltung CI – Corporate Identity (Erscheinungsbild der Stadt Ingolstadt) wurde 2021 weiter zurückgestellt. Hierdurch ergaben sich Minderausgaben in Höhe von 45.000 EUR. Für 2022 wurde das Vorhaben erneut auf die Agenda des Hauptamtes aufgenommen und entsprechende Mittel angemeldet.

Beim Forstamt konnten mehrere Pflanzmaßnahmen nicht wie geplant durchgeführt werden. Dadurch wurden Kulturkosten i. H. v. knapp 35.000 EUR weniger ausgegeben.

Von der Stabsstelle Strategien Klima, Biodiversität und Donau für Landschafts- und Freiflächenplanungen nach den Grundsätzen des Animal-Aided Design-Tools waren 23.300 EUR vorgesehen. Aufgrund fehlender freier Planungskapazitäten eines beteiligten Fachamtes konnte das Konzept nicht weiter vorangebracht werden. In 2022 sind die Mittel für Planungen im Rahmen des Förderprogramms "Entwicklung 2. Grünring" vorgesehen.

Im Bereich des Umweltamtes wurden weniger Mittel (ca. 43.000 EUR) für die Aufgaben Unterhalt und Pflege von geschützten Bäumen, Schutz bedrohter Arten - Artenschutz Biber, Erstattungen an kommunale Sonderrechnungen für Gewässerpflege verausgabt. Die Ausgaben hängen hier stark von unterschiedlichen Faktoren, z. B. der Wettersituation ab. Die Ansätze entsprachen einem durchschnittlichen Aufwandsjahr.

Referat I

1. Budget

	2021 Ansatz inkl. Nachtrag Euro	2021 Rechnungsergeb. Euro	2021 Abweichung Euro	2021 Abweichung %	2020 Rechnungsergeb. Euro
Allgemeine Zuweisungen (HGr. 0)	0	0	0		0
Gebühren/Entgelte (Gr. 10 - 15)	803.500	1.347.739	544.239	67,73%	1.145.769
Erstattungen (UGr. 160 - 168)	1.181.800	1.353.382	171.582	14,52%	1.727.393
Interne Verrechnungen (UGr. 169)	0	0	0		0
Zuweisungen/Zuschüsse (Gr. 17)	14.100	86.901	72.801	516,32%	14.140
Aufg.bez. Leistungsbet. (Gr.19)	0	0	0		0
Sonstige Einnahmen (HGr. 2)	0	0	0		0
Einnahmen gesamt	1.999.400	2.788.021	788.621	39,44%	2.887.302
Personalausgaben (HGr. 4)	8.699.200	8.611.539	-87.661	-1,01%	7.902.409
Sachaufwand (Gr. 50 - 66)	3.160.400	2.119.531	-1.040.869	-32,93%	1.832.926
Interner Aufwand (Gr. 67)	512.500	606.320	93.820	18,31%	462.398
Aufg.bez. Leistungsbet. (Gr. 69)	0	0	0		0
Zuweisungen/Zuschüsse (HGr. 7)	1.800	250	-1.550	-86,11%	0
Sonstige Finanzausgaben (HGr. 8)	0	0	0		0
Ausgaben gesamt	12.373.900	11.337.639	-1.036.261	-8,37%	10.197.733
Zuschuss (-)/Überschuss	-10.374.500	-8.549.618	1.824.882	-17,59%	-7.310.431

2. Abweichungsanalyse

Die Budgetvorgaben 2021 wurden eingehalten. Der geplante Zuschussbedarf in Höhe von 10,37 Mio. EUR wurde um 17,59 % (1,82 Mio. EUR) unterschritten.

2.1 Einnahmen

Gebühren/Entgelte (Gr. 10 – 15)

Durch den Verkauf ausgetauschter alter Hardware, insbesondere im Zuge des Austausches von Arbeitsplätzen gegen homeofficegeeigneter Notebooks und der Mehrung zusätzlicher Nebenstellen und Weiterverrechnungen von gestiegenen Entgelten für Mobilfunk und Mobilfunkgeräten, entstanden die Mehreinnahmen.

Erstattungen (UGr. 160 – 168)

Durch Änderungen bei der Rechnungsstellung für Dienstleistungen an die Zweckverbände sowie an die Töchtergesellschaften wurden rund 51 TEUR mehr eingenommen als ursprünglich eingeplant. Die Änderung hatte zur Folge, dass Schlussrechnungen noch für das Leistungsjahr 2020 gebucht wurden. Zudem erhöhten sich die Dienstleistungen des Personalamtes aufgrund von Personalmehrungen bei den Zweckverbänden.

Das Amt für Informations- und Datenverarbeitung verzeichnet bei den Einnahmen von kommunalen Sonderrechnungen eine Mehreinnahme i. H. v. 41 TEUR, da seitens der IN-KB und der IFG mehr Leistungen in Anspruch genommen wurden.

Aufgrund der Arbeitnehmerüberlassungen der Trainees konnte 2021 ein Überschuss von rund 19 TEUR erwirtschaftet werden. Bei Aufstellung des Haushaltes ist unklar, wie viele externe Trainees den Traineejahrgang absolvieren und wie viele der Trainees dann praktische Erfahrungen bei Töchtern sammeln.

An den modularen Reihen für Führungskräfte haben 2021 unvorhergesehen viele Teilnehmer der Töchtergesellschaften teilgenommen (+16 TEUR).

2.2 Ausgaben

Sachaufwand (Gr. 50 -66)

Schulungen und Seminare für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Präsenzform konnten aufgrund der SARS-CoV-2-Pandemie nicht bzw. nicht wie ursprünglich geplant stattfinden. Hier entstanden Minderausgaben in Höhe von rund 200 TEUR.

Eine weitere größere Abweichung entstand dadurch, dass beispielsweise die Kosten für die Software „Formcycle“ vom Amt für Informations- und Datenverarbeitung oder bei spezieller Software von den Fachämtern selbst getragen wurden (Minderausgaben von 45 TEUR).

Im Jahr 2021 wurden weniger neue Organisationsuntersuchungen beantragt. Das ist darauf zurückzuführen, dass mit Dienstbeginn der neuen Amtsleitung in der Organisations- und Personalentwicklung (Juni 2021) verstärkt an der Umsetzung der Maßnahmen aus vergangenen Organisationsstrukturen gearbeitet wurde. Hier wurden ca. 100 TEUR zu viel veranschlagt.

Im Bereich des Amtes für Informations- und Datenverarbeitung wurden mehr Switche beschafft, die dem Vermögenshaushalt zugeordnet werden mussten, sodass sich die Ausgaben des Verwaltungshaushalts reduzierten. Zudem mussten Apple-Geräte aufgrund des verlängerten Supports nicht ausgetauscht werden, die Neuanschaffung von WLAN-APs wurden durch die Weiternutzung von Rückläufern des Schulnetzes reduziert und es wurden weniger Drucker sowie weniger IP-Telefone benötigt als geplant. Insgesamt wurden hierfür 185 TEUR weniger verausgabt als geplant.

Bei den Gefährdungsbeurteilungen wurde keine externe Unterstützung benötigt, da die Erweiterung der Gefährdungsbeurteilungen und eine damit einhergehende mögliche externe Unterstützung aufgrund der Pandemie nicht durchgeführt wurde (Minderausgaben von 42 TEUR).

Zu Beginn des Jahres 2021 wurden die Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Testungen auf das Corona-Virus anzubieten. Bei der Erstbeschaffung dieser Schnelltests lag der Preis deutlich höher als im Verlauf der Pandemie. Es wurde im Laufe der Pandemie deutlich, dass die Preise einer großen Volatilität unterlagen. Bei der Planung der finanziellen Ausstattung der Haushaltsstelle, auf welcher die Beschaffungen für die Tests abgebildet werden, wurde von dieser Volatilität nicht ausgegangen, sondern vielmehr wurde damit gerechnet, dass der Preis der Erstbeschaffung konstant bleibt oder sogar ansteigt. Von den ursprünglich veranschlagten 500 TEUR wurden deshalb rund 182 TEUR nicht abgerufen.

Neben den verpflichtend zur Verfügung zu stellenden Selbsttests bot die Stadt Ingolstadt einzelnen Dienststellen probeweise an, dass medizinisches Personal die Tests vornimmt. Der Probetrieb wurde bei zwei Dienststellen in den Regelbetrieb überführt. Bei der Planung wurden mit den Preisen aus dem Probetrieb kalkuliert. Im Nachgang konnte aber ein günstigerer Anbieter für die Aufgabe gewonnen werden und zudem wurde davon ausgegangen, dass sich mehr Dienststellen für das Modell der Testung durch medizinisches Personal entscheiden. Aufgrund dessen wurden rd. 223 TEUR weniger ausgegeben als ursprünglich veranschlagt.

Referat II

1. Budget

	2021 Ansatz inkl. Nachtrag Euro	2021 Rechnungsergeb. Euro	2021 Abweichung Euro	2021 Abweichung %	2020 Rechnungsergeb. Euro
Allgemeine Zuweisungen (HGr. 0)	0	0	0		0
Gebühren/Entgelte (Gr. 10 - 15)	414.700	372.557	-42.143	-10,16%	407.127
Erstattungen (UGr. 160 - 168)	32.000	42.061	10.061	31,44%	26.709
Interne Verrechnungen (UGr. 169)	0	0	0		0
Zuweisungen/Zuschüsse (Gr. 17)	0	0	0		10.000
Aufg.bez. Leistungsbet. (Gr.19)	0	0	0		0
Sonstige Einnahmen (HGr. 2)	364.100	316.625	-47.475	-13,04%	373.163
Einnahmen gesamt	810.800	731.243	-79.557	-9,81%	816.999
Personalausgaben (HGr. 4)	5.440.400	5.308.922	-131.478	-2,42%	5.102.884
Sachaufwand (Gr. 50 - 66)	543.100	720.740	177.640	32,71%	967.098
Interner Aufwand (Gr. 67)	424.900	488.995	64.095	15,08%	373.762
Aufg.bez. Leistungsbet. (Gr. 69)	0	0	0		0
Zuweisungen/Zuschüsse (HGr. 7)	307.200	154.249	-152.951	-49,79%	45.684
Sonstige Finanzausgaben (HGr. 8)	0	0	0		0
Ausgaben gesamt	6.715.600	6.672.905	-42.695	-0,64%	6.489.429
Zuschuss (-)/Überschuss	-5.904.800	-5.941.661	-36.861	0,62%	-5.672.430

2. Abweichungsanalyse

Der geplante Zuschussbedarf in Höhe von 5.904.800 EUR wurde um 0,62 % überschritten.

2.1 Einnahmen

Gebühren/Entgelte (Gr. 10 – 15)

Aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie insbesondere auf den gastronomischen Bereich wurden im Bereich der steuerpflichtigen Verpachtungen geringere Einnahmen erzielt.

Die Corona-Maßnahmen schränkten zudem auch die Vollstreckungsmaßnahmen der Stadtkasse ein. Der zurückgebliebene Vollstreckungserfolg wirkt sich unmittelbar auf den Ersatz für Gerichtskosten aus, weshalb auch im Bereich der Stadtkasse der Einnahmeansatz nicht erreicht werden konnte.

Erstattungen (UGr. 160 – 168)

Die Erstattungen lagen über dem geplanten Ansatz, was auf Zahlungen der Krankenkassen für Mitarbeiterinnen in Mutterschutz zurückzuführen ist.

2.2 Ausgaben

Sachaufwand (Gr. 50 -66)

Die Überschreitung der Ansätze des Sachaufwands sind auf überplanmäßige Sachverständigenkosten zurückzuführen. Diese wiederum begründen sich mit den Prüfungen des Bayerischer Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) sowie der Finanzverwaltung (Betriebsprüfung mehrerer Veranlagungsjahre) und dem noch laufenden Konzessionsverfahren (Strom und Gas) verbundenen Beratungsbedarf durch Steuer- und Rechtsanwaltskanzleien.

Referat III

1. Budget

	2021 Ansatz inkl. Nachtrag Euro	2021 Rechnungsergeb. Euro	2021 Abweichung Euro	2021 Abweichung %	2020 Rechnungsergeb. Euro
Allgemeine Zuweisungen (HGr. 0)	940.000	1.413.970	473.970	50,42%	1.082.325
Gebühren/Entgelte (Gr. 10 - 15)	8.769.200	8.871.672	102.472	1,17%	8.796.176
Erstattungen (UGr. 160 - 168)	405.000	823.242	418.242	103,27%	481.571
Interne Verrechnungen (UGr. 169)	11.000	11.000	0	0,00%	11.000
Zuweisungen/Zuschüsse (Gr. 17)	3.900	4.722	822	21,07%	41.722
Aufg.bez. Leistungsbet. (Gr.19)	0	0	0		0
Sonstige Einnahmen (HGr. 2)	28.600	30.918	2.318	8,10%	28.600
Einnahmen gesamt	10.157.700	11.155.525	997.825	9,82%	10.441.393
Personalausgaben (HGr. 4)	22.755.300	22.106.918	-648.382	-2,85%	20.980.651
Sachaufwand (Gr. 50 - 66)	4.885.200	4.559.807	-325.393	-6,66%	4.669.324
Interner Aufwand (Gr. 67)	1.150.600	1.122.496	-28.104	-2,44%	934.286
Aufg.bez. Leistungsbet. (Gr. 69)	0	0	0		0
Zuweisungen/Zuschüsse (HGr. 7)	125.700	157.009	31.309	24,91%	138.392
Sonstige Finanzausgaben (HGr. 8)	0	0	0		0
Ausgaben gesamt	28.916.800	27.946.229	-970.571	-3,36%	26.722.653
Zuschuss (-)/Überschuss	-18.759.100	-16.790.704	1.968.396	-10,49%	-16.281.259

2. Abweichungsanalyse

Der geplante Zuschussbedarf in Höhe von 18.759.100 EUR konnte um 1.968.396 EUR (- 10,49 %) unterschritten werden.

2.1 Einnahmen

Allgemeine Zuweisungen (HGr. 0)

Die Mehreinnahmen in Höhe von 473.970 EUR (+ 50,42 %) bei der Hauptgruppe 0 liegen ausschließlich im Bereich des Ordnungs- und Gewerbeamts. Sie resultieren aus überplanmäßigen Mehreinnahmen von 538.358 EUR (+ 324,32 %) im Bereich der zentralen Bußgeldstelle im Vollzug der Infektionsschutzmaßnahmenverordnungen (Ahndung von Verstößen). Im Bereich der Verkehrsüberwachung sind Mindereinnahmen von 64.387 EUR (- 9,2 %) entstanden.

Erstattungen (UGr. 160 – 168)

Die Mehreinnahmen in Höhe von 418.242 EUR (+ 103,27 %) liegen überwiegend in den Bereichen des Bürgeramtes und des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz. Im Bürgeramt sind die Mehreinnahmen in Höhe von 139.945 EUR sowohl auf die Erstattung von pandemiebedingten Mehraufwendungen (+ 50.085 EUR) als auch auf die Abschlagszahlung (Kostenerstattung) für die Bundestagswahl 2021 (+ 89.860 EUR) entstanden. Im Jahr 2022 wird dann noch eine Schlusszahlung für die Bundestagswahl 2021 erfolgen. Im Amt für Brand- und Katastrophenschutz begründen sich die Mehreinnahmen in Höhe von 292.780 EUR aufgrund der Personalkostenabrechnung mit dem ZRF, dessen Vertrag im Dezember 2020 unterzeichnet wurde. Bei der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2021 konnte die Höhe dieser Personalabrechnung noch nicht prognostiziert werden. In den anderen Ämtern und Bereichen des Referates III sind insgesamt Mindereinnahmen in Höhe von 29.493 EUR entstanden.

2.2 Ausgaben

Keine Berichtspflicht eingetreten.

Referat IV

1. Budget

	2021 Ansatz inkl. Nachtrag Euro	2021 Rechnungsergeb. Euro	2021 Abweichung Euro	2021 Abweichung %	2020 Rechnungsergeb. Euro
Allgemeine Zuweisungen (HGr. 0)	0	0	0		0
Gebühren/Entgelte (Gr. 10 - 15)	10.861.300	6.670.172	-4.191.128	-38,59%	6.932.714
Erstattungen (UGr. 160 - 168)	7.992.300	10.193.797	2.201.497	27,55%	7.384.262
Interne Verrechnungen (UGr. 169)	164.100	164.100	0	0,00%	164.100
Zuweisungen/Zuschüsse (Gr. 17)	36.968.000	37.720.305	752.305	2,04%	38.186.564
Aufg.bez. Leistungsbet. (Gr.19)	0	0	0		0
Sonstige Einnahmen (HGr. 2)	451.600	341.363	-110.237	-24,41%	387.591
Einnahmen gesamt	56.437.300	55.089.738	-1.347.562	-2,39%	53.055.231
Personalausgaben (HGr. 4)	55.479.400	50.474.893	-5.004.507	-9,02%	46.037.072
Sachaufwand (Gr. 50 - 66)	16.163.100	13.765.319	-2.397.781	-14,83%	14.323.924
Interner Aufwand (Gr. 67)	3.742.800	3.766.665	23.865	0,64%	3.596.499
Aufg.bez. Leistungsbet. (Gr. 69)	0	0	0		0
Zuweisungen/Zuschüsse (HGr. 7)	43.475.800	43.448.541	-27.259	-0,06%	38.946.419
Sonstige Finanzausgaben (HGr. 8)	0	0	0		0
Ausgaben gesamt	118.861.100	111.455.418	-7.405.682	-6,23%	102.903.915
Zuschuss (-)/Überschuss	-62.423.800	-56.365.681	6.058.119	-9,70%	-49.848.684

2. Abweichungsanalyse

Das Referatsbudget konnte eingehalten werden. Es konnte gegenüber dem veranschlagten Zuschussbedarf eine Minderung von 6.058.119 EUR (- 9,70 %) erzielt werden.

2.1 Einnahmen

Gebühren/Entgelte (Gr. 10 – 15)

Im Bereich der Gebühren und Entgelte mussten im Jahr 2021 insgesamt ca. 4 Mio. EUR an Mindereinnahmen verzeichnet werden. Nachfolgend werden die Positionen mit den größten Abweichungen gegenüber den Ansätzen aufgezeigt.

Durch die pandemiebedingte Schließung von Kindertageseinrichtungen kam es zu einer anteiligen Vereinnahmung von Elternbeiträgen und Essengebühren, was zu einer Mindereinnahme von ca. 254 TEUR führte.

Des Weiteren führte die Corona-Pandemie zu folgenden Mindereinnahmen im Jahr 2021: Im Bereich des Schulverwaltungsamtes ist aufgrund ausfallender Mittagsbetreuungsgebühren eine Mindereinnahme von ca. 715 TEUR zu verzeichnen.

Die langzeitige Schließung der Jugendherberge führte zu einer Mindereinnahme von ca. 277 TEUR.

Bei der Volkshochschule konnten durch die Betriebsschließung im ersten halben Jahr keine Präsenz-Kurse durchgeführt werden. Raumvermietungen für Veranstaltungen waren ebenso nicht möglich. Somit belief sich die Mindereinnahme auf ca. 363 TEUR.

Durch die Einstellung des Spiel- und Festsaalbetriebes beim Stadttheater, sowie Platzangebotseinschränkung bis Juni 2021 und die Verschiebung von geplanten Gastspielen entstand hier eine Mindereinnahme von ca. 1,9 Mio. EUR.

Weitere Mindereinnahmen im Bereich der Gebühren und Entgelte in Höhe von 430 TEUR verteilten sich in Kleinbeträgen auf eine Vielzahl von Haushaltsstellen in den einzelnen Dienststellen des gesamten Referats für Kultur und Bildung.

Erstattungen (UGr. 160 – 168)

Im Bereich der Erstattungen konnten im Jahr 2021 insgesamt ca. 2 Mio. EUR an Mehreinnahmen verzeichnet werden. Die Positionen mit den größten Abweichungen gegenüber den Ansätzen sind im Schulbereich angefallen. Im Haushaltsjahr 2021 wurden überwiegend die Kostensätze für 2020 erfasst, die im Rahmen der Digitalisierung der Schulen entstanden sind.

2.2 Ausgaben

Sachaufwand (Gr. 50 - 66)

Im Bereich des Sachaufwands wurden im Jahr 2021 rund 2,4 Mio. EUR weniger ausgegeben als ursprünglich geplant.

Aufgrund einer Verzögerung bei der Beschaffung von Schulverwaltungssoftware für „Weiterführende Schulen“ (WFS) wurden hier 194 TEUR nicht ausbezahlt. Bei der Haushaltsstelle für Softwareunterhalt wurde die Schnittstellenprüfung noch nicht abgeschlossen, somit wurde die Ausgabe i. H. v. ca. 102 TEUR nicht getätigt. Bei dem Unterhalt der Multimediaausstattung wurde eine Minderausgabe in Höhe von 58 TEUR verzeichnet. Pandemiebedingt sind Ausgaben für Verpflegung bei den Schulen um ca. 250 TEUR sowie bei der Schülerbeförderung um ca. 79 TEUR geringer ausgefallen. Aufgrund von Umzügen wurden einige Anschaffungen als Erstausrüstung im Vermögenshaushalt verbucht, sodass der geplante Ansatz in Höhe von ca. 34 TEUR aus dem Verwaltungshaushalt in 2021 nicht verwendet werden konnte. Im Zuge des LehrplanPlus wurden in 2021 die geplanten Bücherbeschaffungen nicht in der beantragten Größenordnung umgesetzt. Dies führte zu einer Minderausgabe von rund 82 TEUR. Die Summe der Gesamtminderungen betrug ca. 803 TEUR.

Da sich die Baumaßnahme für das neue Museum für Konkrete Kunst und Design weiterhin verzögert, konnte auch der geplante Ansatz in Höhe von ca. 89 TEUR aus dem Verwaltungshaushalt in 2021 nicht verwendet werden.

Aufgrund des im Deutschen Medizinhistorischen Museum geplanten Umzuges des Depots Stockhalle in das neue Zentraldepot in 2021 fand die Planung von mehreren Projekten zur präventiven Konservierung mit externen Restauratorinnen statt. Da durch die Umzugsverzögerung nur ein kleiner Teil der Restaurierungsprojekte umgesetzt werden konnte, wurde bei den Ausgaben für die Restaurierungsmaßnahmen eine Einsparung von ca. 41 TEUR verzeichnet.

Des Weiteren konnten pandemiebedingt folgende Haushaltsansätze im Jahr 2021 nicht ausgeschöpft werden:

Reisen von Delegationen in unsere Partnerstädte sowie Empfänge von Delegationen in Ingolstadt fielen ebenfalls aufgrund der geltenden Einreisebestimmungen aus. Etwa 114 TEUR konnten hier nicht ausgegeben werden.

Die langzeitige Schließung der Jugendherberge führte bei der Lebensmittelbeschaffung zu einer Minderausgabe von ca. 73 TEUR. Die Gesamteinsparung belief sich auf ca. 386 TEUR. Durch das Aussetzen des Kursbetriebs in der Volkshochschule fielen keine Ausgaben für Honorare, Werbung und Mieten an. Die Minderausgabe belief sich auf etwa 178 TEUR.

Aufgrund der Schließung des Theaters bis Juni 2021 entfielen vor allem die Kosten für Gastspiele, Wachpersonal, Reinigung sowie Urheberrechtsabgaben, was zu einer Minderausgabe von ca. 576 TEUR führte.

Die restlichen Minderausgaben im Bereich des Sachaufwands in Höhe von etwa 114 TEUR verteilten sich ebenfalls auf eine Vielzahl von Haushaltsstellen im gesamten Referat für Kultur und Bildung.

Referat V

1. Budget

	2021 Ansatz inkl. Nachtrag Euro	2021 Rechnungsergeb. Euro	2021 Abweichung Euro	2021 Abweichung %	2020 Rechnungsergeb. Euro
Allgemeine Zuweisungen (HGr. 0)	0	0	0		0
Gebühren/Entgelte (Gr. 10 - 15)	1.287.800	1.439.941	152.141	11,81%	1.081.899
Erstattungen (UGr. 160 - 168)	41.782.800	30.394.659	-11.388.141	-27,26%	23.338.111
Interne Verrechnungen (UGr. 169)	0	0	0		0
Zuweisungen/Zuschüsse (Gr. 17)	2.253.800	2.420.036	166.236	7,38%	512.794
Aufg.bez. Leistungsbet. (Gr.19)	40.650.000	41.993.428	1.343.428	3,30%	37.335.463
Sonstige Einnahmen (HGr. 2)	4.389.300	5.118.451	729.151	16,61%	5.312.114
Einnahmen gesamt	90.363.700	81.366.515	-8.997.185	-9,96%	67.580.381
Personalausgaben (HGr. 4)	22.751.300	22.982.246	230.946	1,02%	18.008.561
Sachaufwand (Gr. 50 - 66)	19.473.900	15.378.566	-4.095.334	-21,03%	2.036.706
Interner Aufwand (Gr. 67)	2.135.000	2.190.979	55.979	2,62%	1.909.646
Aufg.bez. Leistungsbet. (Gr. 69)	0	0	0		0
Zuweisungen/Zuschüsse (HGr. 7)	91.522.700	92.505.258	982.558	1,07%	86.468.309
Sonstige Finanzausgaben (HGr. 8)	0	0	0		0
Ausgaben gesamt	135.882.900	133.057.049	-2.825.851	-2,08%	108.423.222
Zuschuss (-)/Überschuss	-45.519.200	-51.690.535	-6.171.335	13,56%	-40.842.841

2. Abweichungsanalyse

Das Referatsbudget 2021 konnte nicht eingehalten werden. Der tatsächliche Zuschussbedarf lag mit 6.171.335 EUR um 13,56 % über den Planwerten.

2.1 Einnahmen

Gebühren/Entgelte (Gr. 10 – 15)

Im Amt für Jugend und Familie wurde 2021 eine außerplanmäßige Rückzahlung eines Personalkostenzuschusses vom Stadtjugendring für das pädagogische Personal des Jugendkulturentzentrums „SPOT“ i. H. v. 122 TEUR verbucht.

Ebenfalls im Amt für Jugend und Familie wurden außerplanmäßige Einnahmen aus Rückforderungen von freien Trägern teilstationärer Hilfen i. H. v. 49 TEUR erzielt, welche durch die Abrechnung eines höheren Satzes für Jugendliche ab 14 Jahren aus den Vorjahren entstanden sind.

Erstattungen (UGr. 160 – 168)

Im Bereich der Impfzentren ergaben sich Mindereinnahmen von rund 7,6 Mio. EUR. Die dynamische Entwicklung im Zuge der Impfkampagne Anfang 2021 und der Berücksichtigung des Aufbaus von Impfkapazitäten im Nachtragshaushalt führten zu erheblichen Planungsrisiken für die Bezifferung der Erstattungen. Auch durch verspätete Bewilligungen von Erstattungen erst zum Haushaltsjahr 2022 konnte der Planansatz nicht eingehalten werden.

Ebenso verfehlten aufgrund ähnlicher Planungsrisiken im Nachtragshaushalt die Erstattungen der Testzentren die Einnahmeansätze. Hier ergibt sich ein Defizit in Höhe von rund 5,1 Mio. EUR.

Im Rahmen von Erstattungen für Beschaffungskosten im Zuge der Corona-Pandemie, z.B. für verausgabtes Schutzmaterial, wurden Mehreinnahmen i. H. v. rund 2,1 Mio. EUR erzielt.

Im Amt für Soziales wurden Mindereinnahmen bei der Erstattung von Asylkosten um 2,2 Mio. EUR verbucht, was an einer Reihe bereits geltend gemachter, aber von Seiten der Regierung von Oberbayern noch nicht verbeschiedener Erstattungsansprüchen liegt. Demgegenüber stehen Mehreinnahmen bei Erstattungen bei der Hilfe zur Pflege i. H. v. 385 TEUR und bei der Grundsicherung im Alter i. H. v. 912 TEUR.

2.2 Ausgaben

Sachaufwand (Gr. 50 -66)

Im Bereich Impfzentren ergaben sich Minderausgaben i. H. v. rund 1,6 Mio. EUR und im Bereich Testzentren Minderausgaben i. H. v. rund 1 Mio. EUR. Hier wurden in einem sich dynamisch entwickelnden Umfeld im Zuge des Pandemiegeschehens die entsprechenden Mittel eingeplant, die sich dann nicht vollständig umsetzen ließen.

Erstuntersuchungen von Asylbewerbern wurden aufgrund der Corona-Pandemie durch das Gesundheitsamt nicht durchgeführt, weshalb 90 TEUR nicht umgesetzt wurden.

Der restliche Differenzbetrag setzt sich aus vielen Einzelpositionen aus dem gesamten Referatsbudget zusammen. Ein wesentlicher Grund für verminderte Sachausgaben sind ausgefallene oder verschobene Projekte und Veranstaltungen sowie Minderausgaben aufgrund allgemeiner Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie.

Referat VI

1. Budget

	2021 Ansatz inkl. Nachtrag Euro	2021 Rechnungsergeb. Euro	2021 Abweichung Euro	2021 Abweichung %	2020 Rechnungsergeb. Euro
Allgemeine Zuweisungen (HGr. 0)	0	0	0		0
Gebühren/Entgelte (Gr. 10 - 15)	3.446.800	3.742.489	295.689	8,58%	3.508.188
Erstattungen (UGr. 160 - 168)	17.600	57.209	39.609	225,05%	54.827
Interne Verrechnungen (UGr. 169)	0	0	0		0
Zuweisungen/Zuschüsse (Gr. 17)	150.000	213.756	63.756	42,50%	235.218
Aufg.bez. Leistungsbet. (Gr.19)	0	0	0		0
Sonstige Einnahmen (HGr. 2)	1.000	57	-943	-94,30%	-2.250
Einnahmen gesamt	3.615.400	4.013.511	398.111	11,01%	3.795.983
Personalausgaben (HGr. 4)	14.562.400	14.316.034	-246.366	-1,69%	13.434.941
Sachaufwand (Gr. 50 - 66)	6.389.600	5.382.680	-1.006.921	-15,76%	6.931.930
Interner Aufwand (Gr. 67)	6.309.200	5.539.254	-769.946	-12,20%	4.510.880
Aufg.bez. Leistungsbet. (Gr. 69)	0	0	0		0
Zuweisungen/Zuschüsse (HGr. 7)	111.600	81.024	-30.576	-27,40%	77.573
Sonstige Finanzausgaben (HGr. 8)	0	-3.320.000	-3.320.000	-%	1.952.528
Ausgaben gesamt	27.372.800	21.998.991	-5.373.809	-19,63%	26.907.852
Zuschuss (-)/Überschuss	-23.757.400	-17.985.480	5.771.920	-24,30%	-23.111.869

2. Abweichungsanalyse

Der veranschlagte Zuschussbedarf in Höhe von 23,76 Mio. EUR wurde um 5,77 Mio. EUR (- 24,30 %) unterschritten.

2.1 Einnahmen

Erstattungen (UGr. 160 – 168)

Die Mehreinnahmen in Höhe von 39.609 EUR sind auf die Corona-Pandemie zurückzuführen.

2.2 Ausgaben

Sachaufwand (Gr. 50 - 66)

Die Abweichung kann nicht an einem konkreten Sachverhalt festgemacht werden, da es sich um über 400 Haushaltsstellen handelt. Insgesamt führten die Rahmenbedingungen des Jahres 2021 dazu, dass weniger ausgegeben wurde.

Sonstige Finanzausgaben (HGr. 8)

Hierbei handelt es sich um Zinsrückstellungen für die Ostumgehung Etting zur Rückforderung von Fördergeldern. Es wurde ein Haushaltsrest in Höhe von 3,32 Mio. EUR gebildet. Dieser wurde in 2021 nicht kassenwirksam und wurde komplett abgesetzt. Eine Neuanschaffung der Haushaltsmittel erfolgte in 2022.

Referat VII

1. Budget

	2021 Ansatz inkl. Nachtrag Euro	2021 Rechnungsergeb. Euro	2021 Abweichung Euro	2021 Abweichung %	2020 Rechnungsergeb. Euro
Allgemeine Zuweisungen (HGr. 0)	0	0	0		0
Gebühren/Entgelte (Gr. 10 - 15)	3.253.300	2.980.941	-272.359	-8,37%	2.934.175
Erstattungen (UGr. 160 - 168)	23.000	13.564	-9.436	-41,03%	41.620
Interne Verrechnungen (UGr. 169)	0	0	0		0
Zuweisungen/Zuschüsse (Gr. 17)	1.520.000	2.124.016	604.016	39,74%	1.295.687
Aufg.bez. Leistungsbet. (Gr.19)	0	0	0		0
Sonstige Einnahmen (HGr. 2)	40.000	-68.700	-108.700	-271,75%	95.716
Einnahmen gesamt	4.836.300	5.049.821	213.521	4,41%	4.367.198
Personalausgaben (HGr. 4)	14.709.100	13.702.034	-1.007.066	-6,85%	13.400.652
Sachaufwand (Gr. 50 - 66)	3.600.300	4.495.181	894.881	24,86%	4.521.798
Interner Aufwand (Gr. 67)	1.331.600	1.213.245	-118.355	-8,89%	585.334
Aufg.bez. Leistungsbet. (Gr. 69)	0	0	0		0
Zuweisungen/Zuschüsse (HGr. 7)	1.355.400	1.755.515	400.115	29,52%	1.224.606
Sonstige Finanzausgaben (HGr. 8)	0	0	0		0
Ausgaben gesamt	20.996.400	21.165.975	169.575	0,81%	19.732.391
Zuschuss (-)/Überschuss	-16.160.100	-16.116.154	43.946	-0,27%	-15.365.193

2. Abweichungsanalyse

Die Budgetvorgaben 2021 wurden eingehalten. Der geplante Zuschussbedarf in Höhe von 16,16 Mio. EUR wurde um 0,27 % unterschritten.

2.1 Einnahmen

Erstattungen (UGr. 160 – 168)

Die Bundesautobahnen werden seit 01.01.2021 nicht mehr in Auftragsverwaltung durch die Länder, sondern in Bundesverwaltung geführt. Hierzu wurde „Die Autobahn GmbH“ des Bundes gegründet. Die Leistungen für 2020, die üblicherweise erst 2021 zur Abrechnung anstanden, mussten soweit möglich bereits im Haushaltsjahr 2020 noch mit der Autobahndirektion Südbayern abgerechnet werden (Mindereinnahmen von rund 4.500 EUR)

Für die Erstattung von Trägern der gesetzl. Sozialversicherung (Mutterschaft und Beschäftigungsverbot) wird regelmäßig ein Ansatz gebildet. Derartige Einnahmen sind bei der Planung sehr schwer kalkulierbar. Für das Jahr 2021 erfolgte keine Erstattung (Mindereinnahme von 10.400 EUR).

Den genannten Mindereinnahmen stehen nicht eingeplante Ausgleichszahlungen der Regierung von Oberbayern für den Verdienstausfall der unter Quarantäne gestellten MitarbeiterInnen des Gartenamtes nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) in Höhe von 6.500 EUR gegenüber. Derartige Einnahmen sind bei der Planung schwer kalkulierbar.

2.2 Ausgaben

Sachaufwand (Gr. 50 - 66)

Zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung 2021 war das Forschungsprojekt KIVI, welches seit 28.10.2020 läuft, noch nicht konkret planbar. Im abgelaufenen Haushaltsjahr wurden Ausgaben i. H. v. 382 TEUR im Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt KIVI verbucht, die jedoch zu 100% gefördert wurden.

Die Reinigungsleistungen bei Spielplätzen, die zuvor von eigenem Personal durchgeführt worden waren, wurden an Fremdfirmen vergeben. Ziel war es, diese Arbeiten kostengünstiger als durch das eigene hierfür z. T. überqualifiziertes Personal durchzuführen. Diese nun neu zu veranschlagenden Reinigungskosten für Dritte beliefen sich im Jahr 2021 auf ca. 400 TEUR. Dies bedeutet bei 170 Spielplätzen einen rechnerischen Reinigungsaufwand von rd. 45 EUR pro Spielplatz in der Woche. Durch die Vergabe der Reinigungsleistungen an eine Fremdfirma konnten sich die Gärtnerinnen und Gärtner um die überfällige gärtnerische Pflege auf den Spielplätzen und um die Herstellung der Verkehrssicherheit der Spielgeräte in dem eigentlich notwendigen Umfang kümmern. Somit kam ein Teil der frei gewordenen Arbeitskraft einer Grundsicherung der notwendigen Qualität bei unseren Spielplätzen zugute. Weiterhin konnten nunmehr Leistungen in anderen Bereichen (z.B. Parks), die ansonsten mangels Personalkapazität an Fremdfirmen vergeben worden waren, durch eigenes Personal durchgeführt werden.

Die Kostensteigerungen in den Bereichen Naherholung und Straßenbegleitgrün sind im besonderen Maße durch den Klimawandel, der damit verbundenen Trockenheit und den neu auftretenden Baumkrankheiten verursacht. So müssen erhebliche Mehrkosten für die Erfüllung der Verkehrssicherungspflichten bei den Bäumen aufgewendet werden, um dem Schutz von Leib und Leben der Erholungssuchenden und der Verkehrsteilnehmer in ausreichendem Maße gerecht werden zu können. Zudem fielen bei der Vergabe der Mahdleistungen für das Straßenbegleitgrün im Jahr 2021 unerwartete Mehrkosten in Höhe von rd. 200.000 EUR an, da der bisherige langjährige (und außerordentlich günstige) Vertragspartner unerwarteterweise kein Angebot abgab.

Referat VIII

1. Budget

	2021 Ansatz inkl. Nachtrag Euro	2021 Rechnungsergeb. Euro	2021 Abweichung Euro	2021 Abweichung %	2020 Rechnungsergeb. Euro
Allgemeine Zuweisungen (HGr. 0)	0	0	0		0
Gebühren/Entgelte (Gr. 10 - 15)	0	0	0		1.394.192
Erstattungen (UGr. 160 - 168)	5.000	0	-5.000	-100,00%	192.369
Interne Verrechnungen (UGr. 169)	0	0	0		0
Zuweisungen/Zuschüsse (Gr. 17)	0	0	0		1.914.923
Aufg.bez. Leistungsbet. (Gr.19)	0	0	0		0
Sonstige Einnahmen (HGr. 2)	0	0	0		0
Einnahmen gesamt	5.000	0	-5.000	-100,00%	3.501.484
Personalausgaben (HGr. 4)	282.300	359.484	77.184	27,34%	7.180.483
Sachaufwand (Gr. 50 - 66)	112.700	68.331	-44.369	-39,37%	4.777.137
Interner Aufwand (Gr. 67)	7.000	14.875	7.875	112,49%	639.736
Aufg.bez. Leistungsbet. (Gr. 69)	0	0	0		0
Zuweisungen/Zuschüsse (HGr. 7)	1.250.000	183.333	-1.066.667	-85,33%	45.074
Sonstige Finanzausgaben (HGr. 8)	0	0	0		0
Ausgaben gesamt	1.652.000	626.022	-1.025.978	-62,11%	12.642.430
Zuschuss (-)/Überschuss	-1.647.000	-626.022	1.020.978	-61,99%	-9.140.946

2. Abweichungsanalyse

Das Referatsbudget konnte eingehalten werden. Der veranschlagte Zuschussbedarf von 1.647.000 EUR wurde um 1.020.978 EUR (- 61,99 %) unterschritten.

2.1 Einnahmen

Keine Berichtspflicht eingetreten.

2.2 Ausgaben

Sachaufwand (Gr. 50 -66)

Aufgrund der Schaffung des Wirtschaftsreferats im Jahr 2020 war eine fixe Planung des Haushalts 2021 nicht möglich. Die beiden Stabstellen wurden erst zum Ende des 1. Quartals 2021 besetzt. Ergänzend ist anzumerken, dass coronabedingt keine Präsenzveranstaltungen bereits laufender Projekte durchgeführt wurden.

Impressum

Kämmerei
Münchener Straße 94
D-85051 Ingolstadt

Telefon: 0841 305-1308
Telefax: 0841 305-1319
E-Mail: kaemmerei@ingolstadt.de
Internet: www.ingolstadt.de

Fotos: Stadt Ingolstadt: Betz, Friedl, Roessle

Datenstand: Mai 2022 (Jahresdaten 2021)